



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

05/2023

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren

EuGH: Überstellungsaussetzung, aber keine Verlängerung der Überstellungsfrist bei Klage gegen die Ablehnung eines Antrags auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis wegen der Eigenschaft als Opfer des Menschenhandels	3
Iran: Zum Einsatz von Gesichtserkennungstechnologie in der Islamischen Republik	4
32. Sitzung des Expertenforum Asyl und Migration	6
Ukraine: Erkenntnisse zur aktuellen Sicherheitslage in den Verwaltungsgebieten	6

Rechtsprechung

OVG Koblenz / Italien: Keine unvereinbare Aufnahmesituation für anerkannte Schutzberechtigte ohne individuelle Risikofaktoren	6
OVG Berlin-Brandenburg: Sekundärmigration / beachtliche Wahrscheinlichkeit einer Verletzung von Art. 4 GRCh bei Rückkehr von anerkannten Schutzberechtigten / Verfahrensübergreifende Klärungsfähigkeit	8
VG Regensburg / Myanmar: Keine Verfolgung aufgrund legaler Ausreise und Asylantragstellung	9

Blick zum Nachbarn

Griechenland: Erwerbsmöglichkeiten für Schutzberechtigte und Asylsuchende	10
---	----

Neuerwerbungen der Bibliothek

Impressum	14
-----------	----



EuGH: Überstellungsaussetzung, aber keine Verlängerung der Überstellungsfrist bei Klage gegen die Ablehnung eines Antrags auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis wegen der Eigenschaft als Opfer des Menschenhandels

Mit Urteil vom 30. März 2023 (Az. C-338/21)¹ hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass ein Rechtsbehelf gegen eine ablehnende Entscheidung, mit der einem Drittstaatsangehörigen die Erteilung eines Aufenthaltstitels wegen der Eigenschaft als Opfer des Menschenhandels versagt wird, aufgrund der damit verbundenen aufschiebenden Wirkung, zur Aussetzung der Durchführung einer zuvor gegen diesen Drittstaatsangehörigen ergangenen Überstellungsentscheidung in einem Dublin-Verfahren führt. Dem steht Art. 29 Abs. 1 und 2 i.V.m. Art. 27 Abs. 3 Dublin-III-VO nicht entgegen.

Die Überstellungsfrist wird durch einen solchen Rechtsbehelf jedoch nicht unterbrochen.

Dem Verfahren lag folgender Sachverhalt zugrunde. Die drei Kläger S. S., N. Z. und S.S. hatten in den Niederlanden Asylanträge gestellt, nachdem sie zuvor in Italien registriert worden waren. Der Staatssekretaris lehnte die Anträge als unzulässig ab und ordnete jeweils die Überstellung nach Italien an. Hiergegen erhoben die Kläger Klage. Kurze Zeit später erstatteten die Kläger gegenüber den niederländischen Behörden Anzeige, dass sie Opfer von Menschenhandel in den Niederlanden bzw. in Italien geworden seien. Diese Anzeige wurde von den niederländischen Behörden als Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus vorübergehenden humanitären Gründen angesehen. Im Ergebnis wurden diese Anträge ebenfalls abgelehnt und durch die Kläger beklagt. Teilweise vor, teilweise kurz nach der gerichtlichen Entscheidung über die Ablehnung der Aufenthaltserlaubnis, stellten die niederländischen Gerichte in den Klagen gegen die Unzulässigkeitsentscheidung des Asylantrags fest, dass die Dublin-Überstellungsfrist abgelaufen sei und hoben daher die Unzulässigkeitsentscheidungen auf.

Der Staatssekretaris legte gegen diese Entscheidungen Berufung ein und beantragte weiterhin die Aussetzung der Überstellungsfrist.

Im Kern ging es in dem Verfahren um die Frage, ob ein Rechtsbehelf gegen die ablehnende Entscheidung, mit der einem Drittstaatsangehörigen die Erteilung eines Aufenthaltstitels wegen der Eigenschaft als Opfer des Menschenhandels versagt wird, aufschiebende Wirkung vorsehen darf und ob dies zur Unterbrechung der Überstellungsfrist führt.

Hierzu hat der EuGH zunächst festgestellt, dass die Richtlinie 2004/81², mangels unionsrechtlicher Regelungen, einen Mitgliedstaat nicht daran hindert, im Rahmen der Ausübung seiner Verfahrensautonomie zu beschließen, den Schutz für die unter diese Richtlinie fallenden Drittstaatsangehörigen zu verbessern. Die Mitgliedstaaten können demnach einen behördlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelf gegen eine ablehnende Entscheidung über einen auf die Richtlinie gestützten Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels vorsehen, welcher aufschiebende Wirkung in Bezug auf eine zuvor erlassene Überstellungsentscheidung verleiht, um diesen Drittstaatsangehörigen zu ermöglichen, bis zum Abschluss des Rechtsbehelfs in seinem Hoheitsgebiet zu bleiben.

Jedoch ergibt sich aus dieser Möglichkeit nicht, dass ein Mitgliedstaat als Folge einer sich aus seinem innerstaatlichen Recht ergebenden Aussetzung der Durchführung einer Überstellungsentscheidung, die Aussetzung oder Unterbrechung der Überstellungsfrist vorsehen darf.

Zur Begründung führt der EuGH an, dass Art. 29 Dublin III-VO³ lediglich Ausnahmen von dem Grundsatz, dass die Überstellungsfrist ab der Annahme des Aufnahme- oder Wiederaufnahmegesuchs läuft, nur bis zur Entscheidung über einen Rechtsbehelf oder eine Überprüfung mit aufschiebender Wirkung gemäß Art. 27 Abs. 3 oder 4 der Verordnung, zulasse.

Aus dem Wortlaut der Vorschrift des Art. 27 Abs. 3 und 4 der Dublin III-VO ergebe sich jedoch eindeutig, dass es sich um einen Rechtsbehelf gegen oder einer Überprüfung einer Überstellungsentscheidung handeln muss. Ein behördlicher oder gerichtlicher Rechtsbehelf gegen eine andere als die Überstellungsentscheidung, etwa gegen eine abschlägige Entscheidung über einen Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels wegen der Eigenschaft als Opfer des Menschenhandels, könne daher nicht als ein Rechtsbehelf oder eine Überprüfung im Sinne von Art. 27 Abs. 3 oder 4 der Dublin III-VO angesehen werden.

¹ EuGH, Urteil vom 30. März 2023, C-338/21, Staatssekretaris van Justitie en Veiligheid gegen S. S., N. Z., S. S. In MfL: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/683355/1094994/1095008/1095287/24108729/-/EuGH%2C_vom_30.03.2023%2C_C-338_21%2C_Urteil.pdf?no-deid=24108962&vernum=-2.

² Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren.

³ Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist.

Auswirkungen auf die Bundesamtspraxis

Das deutsche Dublin-Verfahren ist von dieser Entscheidung nicht unmittelbar betroffen.

In Deutschland kommt, anders als in den Niederlanden, nach § 84 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG einer Klage auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4a AufenthG, welcher der nationalen Umsetzung der Aufenthaltserlaubnis aus der Richtlinie 2004/81 entspricht, keine aufschiebende Wirkung zu.

*Grundsatzangelegenheiten der Prozessführung/
Revisionsverfahren*

Iran: Zum Einsatz von Gesichtserkennungstechnologie in der Islamischen Republik

Laut aktuellen Medienberichten setzen iranische Sicherheitsbehörden Gesichtserkennungstechnologie ein, so dass Vergehen in der Öffentlichkeit, wie etwa Verstöße gegen islamische Kleidungs Vorschriften für Frauen (Hijab-Gebot), personenbezogen zugeordnet werden könnten.⁴

Die öffentlich zugänglichen Quellen zeigen zum jetzigen Stand lückenhafte und teils widersprüchliche Informationen zum Thema. Insbesondere stellt sich die Frage nach den technologischen Möglichkeiten der Islamischen Republik, die gegenwärtig nicht abschließend beantwortet werden kann.

Erkennbar ist aber eine klare Tendenz, dass die Islamische Republik nach einer Kontrolle des öffentlichen Raums mittels Gesichtserkennung anhand von Überwachungskameras strebt.⁵ Ältere Quellen zum Thema legen nahe, dass die Debatte um die Gesichtserkennung einen langen Vorlauf hatte und bis ins Jahr 2009 in eine Zeit zurückgeht, als sich die technologische Entwicklung, verglichen mit heute, noch relativ am Anfang befand. Bereits damals wurde ein Einsatz

solcher Überwachungssysteme durch Polizeikräfte proklamiert.⁶

Auch in der aktuellen Debatte um die Einhaltung islamischer Kleidungs Vorschriften für Frauen kündigte der iranische Polizeichef im April 2023 an, entsprechende Technologien mithilfe der Installation von Kameras an öffentlichen Plätzen und Straßen einzusetzen, um Verstöße aufzudecken.⁷ Die Ankündigungen lassen mit Blick auf den bereits im Jahr 2009 behaupteten effektiven Einsatz der Technologie zumindest Zweifel zu. So wurde medial kommentiert, dass es der iranischen Führung wohl in erster Linie um Abschreckung der Frauen, sowie der Bevölkerung insgesamt, gehe. Schließlich gibt es bezüglich einer gezielten Überwachung von Frauen und auch regimekritischen Personen anhand von Videoaufzeichnungen bisher kaum Erfahrungswerte.⁸ Medienberichte stellen in Frage, ob Iran über die technologischen Mittel verfügt, das Tragen oder Nichttragen des Kopftuches (Hijab) überhaupt fehlerfrei zu überprüfen und die Personen zu identifizieren.⁹

Einem Verteidigungs- und Militärexperten zufolge verfügten die an durchaus zahlreichen Örtlichkeiten, etwa im Stadtzentrum Teherans, existierenden Kameras (zum Stand 2020) nicht über den notwendigen technologischen Standard für Gesichtserkennung.¹⁰ Häufig seien die für die Verkehrskontrolle im Betrieb befindlichen Kameras noch nicht einmal in der Lage, die Nummernschilder geschweige denn Gesichter der Insassen richtig zu erkennen. Im Vergleich kämen in der VR China, z. B. in der Metropole Chongqing (ca. 30 Mio. Einwohner), 168 mit entsprechender Software ausgerüstete Überwachungskameras auf 1.000 Einwohner. Würde man eine ähnlich engmaschige Überwachung im Großraum Teheran (ca. 20 Mio. Einwohner) etablieren wollen – nötig wären durchschnittlich 100 Kameras pro 1.000 Einwohner – würden mehrere Millionen Überwachungskameras benötigt. Für ein Projekt dieser Größenordnung gäbe es allerdings in Iran weder das benötigte Budget, noch die technologischen Möglichkeiten. Das Land könne [Anm.: in Anbetracht der derzeitigen Wirtschaftslage] eine solche Technologie weder importieren noch

4 Vgl. Farsnews.ir, [Die Polizei überwacht das Abnehmen des Kopftuches ab Samstag, 15.04.2023; Übs. mit elektronischer Übersetzungshilfe], 10.04.2023, <https://www.farsnews.ir/news/14020119000853/اب-س-ی-ل-ی-ی-د-ج-د-ر-و-خ-ر-ب>, abgerufen am 26.04.2023; Reuters, Iran installs cameras in public places to identify, penalise unveiled women, 11.04.2023, <https://www.reuters.com/world/middle-east/iran-installs-cameras-public-places-identify-penalise-unveiled-women-polic-2023-04-08/>, abgerufen am 26.04.2023

5 Vgl. Knipp, K., in: DW.com, Das Kopftuch im Iran: Druck auf die gesamte Gesellschaft, 17.04.2023, <https://www.dw.com/de/das-kopftuch-im-iran-druck-auf-die-gesamte-gesellschaft/a-65346623>, abgerufen am 26.04.2023; Strzyżyńska, W. in: The Guardian, Iranian authorities plan to use facial recognition to enforce new hijab law, 05.09.2022, <https://www.theguardian.com/global-development/2022/sep/05/iran-government-facial-recognition-technology-hijab-law-crackdown>, abgerufen am 26.04.2023

6 Vgl. DW Deutsche Welle Farsi: [Die Nutzung „neuen Wissens“ für die Identifizierung von Protestierenden durch die Polizei; Übs. mit elektronischer Übersetzungshilfe], 10.11.2009, <https://p.dw.com/p/KSWW>, abgerufen am 26.04.2023

7 Vgl. Rferl, Iranian Women, Girls Continue To Defy Hijab Crackdown, <https://www.rferl.org/a/iran-women-defy-hijab-crackdown/32367355.html>, abgerufen am 26.04.2023

8 Vgl. SRF Schweizer Radio und Fernsehen, Iran hat Frauen ohne Kopftuch auf dem Schirm, 24.04.2023, <https://www.srf.ch/news/international/gefilmt-geprueft-und-angesimt-iran-hat-frauen-ohne-kopftuch-auf-dem-schirm>, abgerufen am 26.04.2023

9 Vgl. SPON Spiegel.de, Iran will mit Kameras auf öffentlichen Plätzen Frauen ohne Kopftuch identifizieren, 08.04.2023, <https://www.spiegel.de/ausland/iran-will-mit-kameras-auf-oeffentlichen-plaetzen-frauen-ohne-kopftuch-identifizieren-a-f675b1df-5dfc-49ad-95e5-552e2b99a57d#ref=rss>, abgerufen am 26.04.2023

10 Vgl. Iran International, [Blickpunkt: Die Möglichkeit der Nutzung von Gesichtserkennung durch die Polizei], 17.06.2020, <https://www.youtube.com/watch?v=ediHgQnFvTQ>, abgerufen am 27.04.2023

selbst produzieren. Vielmehr handele es sich hierbei um herkömmliche Videokameras, die auf mit künstlicher Intelligenz (KI) kompatibler Technologie umgerüstet oder ganz ausgewechselt werden müssten.¹¹

Zum aktuellen Stand liegen keine entsprechenden Einschätzungen vor, jedoch gibt es Hinweise darauf, dass chinesische Unternehmen, die entsprechende Überwachungstechnologie herstellen, Geschäftsbeziehungen zu Iran unterhalten.¹² Obwohl über die Möglichkeiten eines Einsatzes bisher viel spekuliert wird, können einige Beispiele auch Hinweise auf eine Nutzung von Gesichtserkennung durch Ordnungskräfte in spezifischen Bereichen der Überwachung des öffentlichen Raumes geben:

Im Rahmen eines **Pilotprojektes zur Verkehrsüberwachung im Großraum Teheran im Juni 2020** wurden Überwachungskameras an relevanten Stadtautobahnabschnitten angebracht. Angekündigt wurde ein System, das einen Gesichtsabgleich über die in der Verwaltung hinterlegten Daten der nationalen ID-Cards der Bürger vornehmen sollte. Hierdurch sollte über die Identifizierung von Verkehrssündern ein umgehender Einzug von Strafgebühren über Abbuchung von den Bankkonten der Betroffenen erwirkt werden.¹³

Erstmalige Nutzung digitaler Identitätsfeststellung durch Polizei und Grenzbehörden:

Berichten zufolge nutzten Ordnungskräfte im Bereich der Grenzüberwachung seit Februar 2021 eine auf KI basierende Technologie. Demnach sei diese in Form einer App zur biometrischen Datenerfassung an die Polizei übergeben worden. So seien erstmalig digitale Methoden zur Identitätsfeststellung basierend auf KI in Iran bzw. bei den Ordnungskräften zum Einsatz gekommen.¹⁴ Vor diesem Hintergrund wurde gemeldet, dass ein Grenzübergang in der Sonderwirtschaftszone auf der Insel Kish (Provinz Hormozgan) die Installation von Kameras zur biometrischen Erfassung von Daten und Gesichtern von jährlich 37.000 Besuchern und 5.000 PKWs plane. Inwieweit diese aktuell zum Einsatz kommt bzw. die technische Infrastruktur für die Nutzung bereitsteht, ist unklar.¹⁵

¹¹ Vgl. Iran International 2020, s.o.

¹² Vgl. Kazemi, M. in: Filterwatch, Woman, life, freedom: a roundup of the state of digital rights in Iran during the protests, 27.01.2023, <https://filter.watch/en/2023/01/27/women-life-freedom-the-state-of-digital-rights-during-the-protests/>, abgerufen am 28.04.2023

¹³ Vgl. Iran International, [Irans Polizei erhebt mit System für Gesichtserkennung Strafgebühren von Fußgängern], 15.06.2020, <https://tinyurl.com/mrykax9v>, abgerufen am 27.04.2023

¹⁴ Vgl. ILNA, [aus dem Pers.: Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Polizei und der Firma UID], 07.02.2021, <https://www.ilna.ir/س-ی-ل-ب-ن-ی-ی-را-گ-ه-م-ان-م-ه-ا-ف-ت-ی-اض-م-158/1036837-ی-رو-آ-ن-ف-ش-خ-ب-ی-دی-آوی-ت-ک-ر-ش>, abgerufen am 27.04.2023

¹⁵ Vgl. Biometricupdate: UID to supply biometric digital ID app to Iran's national police, 12.02.21, <https://www.biometricupdate.com/202102/uid-to-supply-biometric-digital-id-app-to-irans-national-police>, abgerufen am 27.04.2023; IRNA, [Die Notwendigkeit der Installation biometrischer Kameras in der Hafeneinfahrt], 09.02.2021, <https://www.irna.ir/news/84224408/ی-دور-رد-ناوخ-هر-چ-ن-ی-ب-ر-ود-ب-ص-ت-س-ای-ر-و-ض-ه-ا-گ-ر-د-ن-ب>, abgerufen am 27.04.2023

Aktuell: Nutzung von Gesichtserkennung zur Überwachung von Hijab-Verstößen?

Presseartikel greifen seit 2022 vermehrt entsprechende Ankündigungen iranischer Behörden auf. Da die iranische Regierung seit 2015 eine Vielzahl biometrischer Daten von Bürgerinnen und Bürgern erfasst, u. a. durch die Einführung biometrischer Personalausweise, würden diese Informationen auch zur Gesichtserkennung eingesetzt werden können. Ob und inwieweit dies jedoch zum Zwecke der Strafverfolgung erfolgt, bleibt bislang weiterhin unbestätigt.¹⁶

Mutmaßliche Hinweise auf den Einsatz von Gesichtserkennung zur Strafverfolgung:

Berichten von Beteiligten zufolge lägen Hinweise vor, dass mehrere Festnahmen im Zuge der Proteste seit September 2022, aufgrund von Hijab-Verstößen im öffentlichen Raum, nicht zum Zeitpunkt der mutmaßlichen Straftaten stattfanden, sondern Tage später am Wohnort der betroffenen Frauen. Dies sei zwar kein Beweis für den Einsatz von Gesichtserkennungsssoftware, jedoch zumindest als Hinweis darauf zu deuten.¹⁷ Solche Angaben lassen sich jedoch nicht unabhängig bestätigen. Laut einem Nachrichtenportal für Biometrie sei hierbei auch nicht klar, ob die Technik selbst in der Lage ist, Hijab-Verstöße automatisch zu erkennen, oder ob eine Gesichtserkennung zum Datenabgleich verwendet wird, nachdem eine Straftat bereits anderweitig gemeldet wurde.¹⁸

Schlussbemerkung:

Bisherige Erkenntnisse lassen keine endgültigen Aussagen zum Einsatz von Gesichtserkennung zum Zwecke der Strafverfolgung in Iran zu. In einigen Bereichen wird deren Einsatz jedoch angestrebt bzw. weiterhin forciert. Hieraus ließe sich jedoch nicht automatisch schließen, dass die Technologie flächendeckend und etwa auch zum Zwecke des Monitorings von regimefeindlichen Aktivitäten zum Einsatz kommt, insbesondere im Hinblick auf den Stand der technischen Infrastruktur des Landes.

Eindeutige Hinweise lassen sich auch nicht aus jüngsten Meldungen seitens iranischer Behörden erkennen.¹⁹ Sollten gezielt erfolgte Warnungen ergangen sein, bestätigt dies im Wesentlichen den wachsenden

¹⁶ Kazemi, M. in: Filterwatch, Woman, life, freedom: a roundup of the state of digital rights in Iran during the protests, 27.01.2023, <https://filter.watch/en/2023/01/27/women-life-freedom-the-state-of-digital-rights-during-the-protests/>, abgerufen am 28.04.2023

¹⁷ Vgl. Wired, Iran Says Face Recognition Will ID Women Breaking Hijab Laws, 18.01.2023, <https://www.wired.com/story/iran-says-face-recognition-will-id-women-breaking-hijab-laws/>, abgerufen am 27.04.2023

¹⁸ Vgl. Biometricupdate: Surveillance states: life in the facial recognition spotlight in China, Iran and India, 12.01.2023, <https://www.biometricupdate.com/202301/surveillance-states-life-in-the-facial-recognition-spotlight-in-china-iran-and-india>, abgerufen am 27.04.2023

¹⁹ So habe man einerseits bereits Warnmeldungen an tausende von unverschleierte Frauen gesendet, andererseits seien landesweit SMS-Warnungen an alle Personen mit einem aktiven Mobilfunkvertrag (unabhängig von Geschlecht oder Verstoß) gesendet worden (vgl. BBC Farsi, 20.04.2023 [Hijab-Warn-SMS an „alle aktiven Mobiltelefone“ im Iran, sowohl Männer als auch Frauen; Übs. mit elektron. Übersetzungshilfe], <https://www.bbc.com/persian/live/65329027/page/2>, abgerufen am 26.04.2023)

und weit verbreiteten Unmut und Ungehorsam der weiblichen Bevölkerung. So bewegen sich auch nach den angekündigten Maßnahmen zahlreiche Iranerinnen als Symbol ihres Protestes weiterhin ohne Kopftuch im öffentlichen Raum.²⁰

Für den Einsatz der Technologie besteht bisher auch kein rechtlicher Rahmen, der etwa den Schutz personenbezogener Daten berücksichtigt. Es fehlt hierfür jegliche Rechtsgrundlage. Dies ermöglicht iranischen Behörden einen weiten Handlungsspielraum.²¹

Länderanalysen

32. Sitzung des Expertenforum Asyl und Migration

Zum 32. Mal trafen sich am 27. und 28. April 2023 die Mitglieder des Expertenforums Asyl in der Zentrale des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg. Das Expertengremium setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Anwaltschaft, Gerichtsbarkeit, verschiedener Landes- und Bundesbehörden, dem UNHCR, Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden, sowie der Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen. Das Forum bietet den Expertinnen und Experten einen vertraulichen Rahmen für einen offenen und kritischen Austausch mit dem Ziel, durch fundiertes Feedback zu einer Verbesserung des Asylverfahrens beizutragen.

Auf der diesjährigen Agenda standen neben den aktuellen rechtlichen Entwicklungen im Asylbereich auch die Methoden der Herkunftsländeranalysen des Bundesamtes. Am Folgetag lag der Fokus auf dem Umgang mit Traumatisierung und besonderer Schutzbedürftigkeit, sowie der Identitätsfeststellung im Asylverfahren.

Durch den regen Austausch mit den Expertinnen und Experten fungiert das Forum als ein Impulsgeber zur Qualitätssteigerung der Asylverfahren im Bundesamt und ist ein vertraulicher Ort für die Auseinandersetzung mit eigenen Asylentscheidungen. Diese Aufgabe erfüllt das Expertenforum seit dem Jahr 2000 und begleitet das Bundesamt bei seinen Analysen und Dokumentationsaufgaben im Hinblick auf Asylgewährung, Flüchtlingsschutz und Migration.

²⁰ Vgl. Rferl, Iranian Women, Girls Continue To Defy Hijab Crackdown, <https://www.rferl.org/a/iran-women-defy-hijab-crackdown/32367355.html>, abgerufen am 26.04.2023

²¹ Vgl. BBC Farsi, 26.04.2023, [Identifizierung von Frauen ohne Hijab durch künstliche Intelligenz. Ist das legal?; Übs. mit elektron. Übersetzungshilfe], <https://www.bbc.com/persian/articles/cxe7nd3ge5xo>, abgerufen am 27.04.2023

Beim diesjährigen Treffen diskutierte das Expertenforum an zwei Tagen zahlreiche Aspekte, die eine Auswirkung auf Asylentscheidungen und deren Qualität haben. Themen waren insbesondere die Entwicklung des materiellen Asylrechts, die fortschreitende Europäisierung der Schutzgewährung sowie Aspekte in Bezug auf Qualitätssicherung.

Grundsatz Informationszentrum Asyl und Migration

Ukraine: Erkenntnisse zur aktuellen Sicherheitslage in den Verwaltungsgebieten

Die Länderanalyse des Bundesamtes hat in einer aktuellen Kurzinformation Erkenntnisse zur Sicherheitslage in allen Verwaltungsgebieten („Oblaste“) zusammengetragen. Die Kurzinformation ist öffentlich und kann auf MILO unter diesem [Link](#) eingesehen werden.

Länderanalysen

OVG Koblenz / Italien: Keine unvereinbare Aufnahmesituation für anerkannte Schutzberechtigte ohne individuelle Risikofaktoren

Der 13. Senat des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Rheinland-Pfalz in Koblenz hat mit Urteil vom 27. März 2023 (Az. 13 A 10948/22.OVG)²² die Berufung der Klägerin gegen das klageabweisende Urteil des Verwaltungsgerichts (VG) Trier vom 21. September 2020 (Az. 6 K 1484/19.TR) zurückgewiesen und entschieden, dass alleinstehenden Erwachsenen ohne individuelle Risikofaktoren, die in Italien als Schutzberechtigte anerkannt wurden, bei einer Rückkehr dorthin keine mit Art. 4 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRCh) unvereinbare Aufnahmesituation drohe.

Die Klägerin, eine junge somalische Staatsangehörige, gab an, Ende 2017 u. a. über Italien in die Bundesrepublik Deutschland eingereist zu sein, wo sie am 5. Dezember 2017 einen förmlichen Asylantrag stellte. Mit Bescheid vom 9. Januar 2018 lehnte das Bundesamt den Asylantrag der Klägerin zunächst gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 1 AsylG als unzulässig ab und stellte u. a. fest, dass Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5

²² OVG Koblenz, vom 27.03.2023, 13 A 10948/22.OVG, Urteil, in MILO: <https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe?func=ll&objId=24096922&objAction=Open&nexturl=%2Fotcs%2Fcs%2Eexe%3Ffunc%3Dsrch%3EsearchCache%26cacheId%3D431182691>

und 7 Satz 1 AufenthG nicht vorlägen und ordnete die Abschiebung der Klägerin nach Italien an. Die Klägerin erhob hiergegen Klage beim VG Trier und stellte einen Antrag nach § 80 Abs. 5 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Nachdem das VG Trier diesen mit Beschluss vom 23. Februar 2018 abgelehnt hatte, wurde die Klägerin am 9. Mai 2018 nach Italien überstellt. Am 23. Mai 2018 reiste die Klägerin erneut unerlaubt nach Deutschland ein. Mit Bescheid vom 14. Januar 2019 ordnete das Bundesamt im Aufgriffsverfahren erneut die Abschiebung der Klägerin nach Italien an. Die Klägerin erhob hiergegen am 24. Januar 2019 Klage und stellte einen Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO, den das VG Trier mit Beschluss vom 29. Januar 2019 ablehnte. Ein Antrag vom 7. Februar 2019 auf Abänderung des Beschlusses vom 29. Januar 2019 wurde mit Beschluss vom 12. Dezember 2019 ebenfalls abgelehnt. Nachdem die italienischen Behörden am 5. Dezember 2019 mitgeteilt hatten, dass der Klägerin in Italien subsidiärer Schutz zuerkannt worden war, wurden mit streitgegenständlichem Bescheid vom 8. März 2019 Ziffer 1 und 2 des Bescheids vom 9. Januar 2018 sowie der Bescheid vom 14. Januar 2019 aufgehoben, der Asylantrag der Klägerin gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG als unzulässig abgelehnt sowie festgestellt, dass Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 und 7 Satz 1 AufenthG hinsichtlich Italien nicht vorlägen und der Klägerin die Abschiebung nach Italien angedroht.

Hiergegen hat die Klägerin am 29. März 2019 Klage erhoben und einen Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO gestellt, der mit Beschluss des VG Trier vom 12. Dezember 2019 abgelehnt wurde. Zur Begründung trug die Klägerin im Wesentlichen vor, dass sie in Italien keinen Flüchtlingsstatus erhalten habe und dass sie auch sonst nicht tatsächlich aufgenommen worden sei. Sie habe auf der Straße gelebt, wo sie beraubt und vergewaltigt worden sei. In Italien bestünden systemische Mängel hinsichtlich der Aufnahmebedingungen auch für alleinstehende junge Frauen und Männer, sodass die Gefahr bestehe, einer unmenschlichen oder entwürdigenden Behandlung ausgesetzt zu sein. Mit Urteil vom 21. September 2020 hat das VG Trier die Klage abgewiesen. Auf Antrag der Klägerin hat der 13. Senat des OVG Rheinland-Pfalz mit Beschluss vom 7. Oktober 2022 die Berufung gemäß § 78 Abs. 3 Nr. 1 AsylG wegen grundsätzlicher Bedeutung der Frage zugelassen, ob in Italien anerkannt Schutzberechtigten eine mit Art. 4 GRCh bzw. mit Art. 3 EMRK unvereinbare Behandlung drohe.

Mit Urteil vom 27. März 2023 hat das OVG Rheinland-Pfalz die Berufung der Klägerin zurückgewiesen.

Es führt aus, dass die Unzulässigkeitsentscheidung im Einklang mit höherrangigem Unionsrecht stehe, insbesondere mit Art. 4 GRCh, wonach niemand einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung unterworfen werden dürfe. Die Klägerin sei als in Italien anerkannt subsidiär Schutzberechtigte bei

Zugrundelegung der von der Rechtsprechung geforderten besonders hohen Schwelle der Erheblichkeit nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit der Gefahr einer solchen Behandlung ausgesetzt.

Der Senat schließe sich der Rechtsprechung mit ihrem „harten Maßstab“ vollumfänglich an. Hieraus ergebe sich im Übrigen, dass eine – auch systematische – Missachtung der unionsrechtlichen Verpflichtungen aus Art. 20 ff. der Richtlinie 2011/95/EU, namentlich die Verpflichtung, anerkannt Schutzberechtigte mit Wohnraum zu versorgen (vgl. Art. 32 der Richtlinie 2011/95/EU), ohne das Hinzutreten besonderer, gefahrerhöhender Umstände nicht hinreichend für die Annahme einer chartawidrigen Aufnahmesituation sei.²³

Anerkannt Schutzberechtigten drohe bei einer Rückkehr nach Italien zwar die Obdachlosigkeit. Obdachlosigkeit im Sinne einer (dauerhaften) Wohnungslosigkeit sei jedoch nach den insoweit geltenden strengen Maßstäben des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) nicht hinlänglich für die Annahme einer mit Art. 4 GRCh unvereinbaren Aufnahmesituation festzustellen. In Italien erhielten anerkannt Schutzberechtigte – jedenfalls soweit alleinstehende Erwachsene ohne individuelle besondere Risikofaktoren betroffen seien – nämlich eine noch hinreichende Unterstützung zur Befriedigung ihrer elementarsten Grundbedürfnisse. Hierzu zähle neben einer grundlegenden medizinischen Versorgung und der Bereitstellung von Nahrung für Bedürftige auch die Bereithaltung von (Not-)Unterkünften, also von – kurzzeitigen – Schlafstellen und/oder Schutzräumen, die insbesondere einen ausreichenden Schutz vor extremen Witterungsverhältnissen und grundlegende sanitäre Einrichtungen böten.

Nach Auswertung der aktuellen Erkenntnismittellage gelangt das Gericht zum Ergebnis, dass anerkannt Schutzberechtigten, die keine besonderen Vulnerabilitäten aufwiesen, trotz einer drohenden Obdachlosigkeit die dann notwendigen Hilfsangebote durch staatliche und vor allem nichtstaatliche Stellen noch in hinreichendem Maße zur Verfügung stünden. Insbesondere existierten auch außerhalb der staatlichen Strukturen zahlreiche private Unterbringungsmöglichkeiten – namentlich Schlafplätze und Notunterkünfte –, betrieben etwa von Kirchen und Freiwilligenorganisationen sowie zahlreiche regionale und kommunale Angebote einer temporären Unterkunft. In Anbetracht dieser Hilfsangebote der verschiedensten Akteure gelangt der Senat zur Überzeugung, dass anerkannt Schutzberechtigte, die im Falle ihrer Rückkehr von Obdachlosigkeit betroffen sind, eine jedenfalls derzeit noch hinlängliche Unterstützung erfahren, sodass in der Gesamtschau keine beachtliche Wahrscheinlichkeit dafür bestehe, dass sie

²³ Vgl. BVerwG, Urteil vom 20. Mai 2020 – 1 C 34.19 –, juris Rn. 16

ihr Existenzminimum nicht im Sinne des Art. 4 GRCh sichern könnten. Soweit in Italien regionale Unterschiede bei der Verfügbarkeit und/oder Auslastung dieser Angebote bestünden, sei es den anerkannt Schutzberechtigten sowohl möglich als auch zumutbar, sich darüber zu informieren, an welchem Ort noch Kapazitäten bestehen und ihren Aufenthalt schließlich dorthin zu verlagern. Ergänzend weist der Senat noch darauf hin, dass landesweit auch eine Anzahl an informellen Siedlungen bestehe, die jedenfalls die Möglichkeit böten, einen hinreichenden Schutz vor extremen Witterungsverhältnissen zu finden. Im Umfeld einzelner informeller Siedlungen seien zudem auch Nichtregierungsorganisationen aktiv, die insbesondere vulnerablen Personengruppen und auch Frauen eine feste Unterkunft zur Verfügung stellten.

Ungeachtet all dessen stehe ihnen auch die zumutbare Möglichkeit offen, ihre eigene Situation – etwa durch die Aufnahme einer Beschäftigung – aktiv zu verbessern. Dabei sei es den Betroffenen notfalls auch zumutbar, eine wenig attraktive und ihrer Vorbildung nicht entsprechende Arbeit auszuüben, für die es keine Nachfrage auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt gebe, die nicht überkommenen Berufsbildern entspreche und die nur zeitweise, etwa zur Deckung eines kurzfristigen Bedarfs, beispielsweise während der Touristensaison ausgeübt werden könne. Ob anerkannt Schutzberechtigten auch außerhalb der regulären Beschäftigungsangebote eine Arbeitsaufnahme im Bereich der „landesüblichen“ Schatten- oder Nischenwirtschaft zuzumuten sei, deren Definition freilich konturlos bleibe, könne daher im Ergebnis dahinstehen.

Das OVG Rheinland-Pfalz hat von der seit 1. Januar 2023 in Asylverfahren eröffneten Möglichkeit Gebrauch gemacht, die sogenannte „Tatsachenrevision“ zum Bundesverwaltungsgericht zuzulassen, weil es in der vorstehenden Lagebeurteilung von der Auffassung des OVG Nordrhein-Westfalen abgewichen ist.

Die Entscheidung des OVG Rheinland-Pfalz stützt unter Auswertung aktueller Erkenntnismittel und eingehender Befassung mit der Situation in Italien die Rechtsauffassung des Bundesamtes.

Prozessführung / Berufungsverfahren

OVG Berlin-Brandenburg: Sekundärmigration / beachtliche Wahrscheinlichkeit einer Verletzung von Art. 4 GRCh bei Rückkehr von anerkannten Schutzberechtigten / Verfahrensübergreifende Klärungsfähigkeit

Die Frage der Zulässigkeit von Asylanträgen stellt sich – neben Konstellationen im Rahmen der Dublin-III-Verordnung – insbesondere bei Sekundärmigration innerhalb von Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach bereits erfolgter Schutzgewährung im Mitgliedstaat. Ausgehend vom dort geltenden Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens erlässt das Bundesamt nach einer Schutzgewährung in einem anderen Mitgliedstaat regelmäßig eine Unzulässigkeitsentscheidung gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG. Für die Arbeit des Bundesamtes ist hierbei insbesondere das (Nicht-)Vorliegen einer beachtlichen Wahrscheinlichkeit der Verletzung existenzieller Rechtsgüter im Sinne von Art. 4 GRCh bei Rückkehr von anerkannten Schutzberechtigten von entscheidender Bedeutung. So hat das Bundesamt zuletzt auf die Bejahung einer Verletzung von Art. 4 GRCh durch zahlreiche Oberverwaltungsgerichte (OVG) bezüglich in Griechenland anerkannter Schutzberechtigter reagiert und seine Entscheidungspraxis entsprechend angepasst.

Die Richtigkeit erstinstanzlicher Urteile kann bei Asylverfahren nur eingeschränkt durch die Oberverwaltungsgerichte und Verwaltungsgerichtshöfe (VGH) überprüft werden, insbesondere dann, wenn einer Rechts- oder Tatsachenfrage verallgemeinerungsfähige Bedeutung zukommt.²⁴ Einige Gerichte zweiter Instanz und auch einzelne Senate des OVG Berlin-Brandenburg hatten eine verallgemeinerungsfähige Klärungsfähigkeit zuletzt vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs²⁵ sowie des Bundesverwaltungsgerichts²⁶ verneint.²⁷

Dieser Auffassung ist der 3. Senat des OVG Berlin-Brandenburg in seinem Beschluss vom 3. April 2023 (OVG 3 N 18/23)²⁸ nunmehr explizit entgegengetreten. Der Frage einer Verletzung von Art. 4 GRCh

²⁴ vgl. § 78 Abs. 3 Nr. 1 AsylG

²⁵ Siehe EuGH, Urteil vom 19. März 2019 – C-297/17, Rn. 19, -juris

²⁶ Siehe BVerwG, Beschluss vom 8. August 2018 – 1 B 25/18 Rn. 11, -juris

²⁷ vgl. innerhalb des Gerichtsbezirks OVG Berlin-Brandenburg: OVG 6 N 35/22, -juris sowie OVG 12 N 67/21, - nicht veröffentlicht sowie bundesweit OVG Saarlouis, Beschluss vom 13. April 2022 – 2 A 13/22, -juris Rn. 12 f; OVG Koblenz, Beschluss vom 31. August 2020 – 7 A 11602/19.OVG, -juris Rn. 11; VGH München, Beschluss vom 14. März 2022 – 24 ZB 21.30317, -juris

²⁸ In MiLo: <https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe?func=ll&objId=24091695&objAction=Open&nexturl=%2Fotcs%2Fcs%2Eexe%3Ffunc%3Dsrch%2ESearchCache%26cacheId%3D1736251723>

könne (weiterhin) grundsätzliche Bedeutung im Sinne von § 78 Abs. 3 Nr. 1 AsylG zukommen. Die These, dass die Fragestellung nicht verallgemeinerbar zu beantworten sei, verkenne, dass ein nicht von individuellen Umständen abhängiger Verstoß gegen Art. 4 GRCh denklogisch nicht ausgeschlossen sei. Die Behauptung, alles hänge nur von individuellen Umständen des Einzelfalles ab, greife einer Bejahung oder Verneinung der Frage eines von individuellen Faktoren unabhängigen Verstoßes gegen Art. 4 GRCh unzulässig im Rahmen des Berufungszulassungsverfahrens vor. Etwas anderes ergebe sich auch nicht aus der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs.²⁹ Auch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts³⁰ solle lediglich sicherstellen, dass auch bei einer generell drohenden Verelendung für alle Rückkehrenden Besonderheiten berücksichtigt werden, die ausnahmsweise Abweichendes zur Folge hätten. Eine Verallgemeinerungsfähigkeit hatten zuletzt auch das OVG Bautzen³¹, das OVG Lüneburg³², der VGH Kassel³³ und das OVG Münster³⁴ angenommen.

Der 2. Senat des OVG Saarlouis habe darüber hinaus seiner eigenen Rechtsprechung widersprochen, wenn er zuletzt verallgemeinerungsfähig aufgeführt habe, dass nach Griechenland zurückkehrende Personen dort mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit elementarste Bedürfnisse nicht befriedigen könnten.³⁵

Prozessführung / Berufungsverfahren

VG Regensburg / Myanmar: Keine Verfolgung aufgrund legaler Ausreise und Asylantragstellung

Mit Urteil vom 6. April 2023 (Az.: RN 11 K 20.31903) entschied das Verwaltungsgericht (VG) Regensburg, dass einem myanmarischen Staatsangehörigen bei Asylantragstellung vor dem Militärputsch 2021 nach legaler Ausreise und nicht glaubhaft gemachter exilpolitischer Tätigkeit keine Verfolgung droht.³⁶

Der Kläger, eigenen Angaben nach der Volksgruppe der Mon zugehörig und buddhistischen Glaubens, reiste legal 2019 aus Yangon (Rangun) über Bangkok

kommend in die Bundesrepublik Deutschland ein und stellte einen Asylantrag.

Während der Verhandlung kam das Gericht zu dem Schluss, dass der Kläger nicht vorverfolgt aus Myanmar ausgereist sei, da er keine konkreten gegen ihn gerichteten Vorverfolgungshandlungen glaubhaft vorgetragen habe.

Ferner drohe dem Kläger deshalb auch nicht bei Rückkehr in seine Heimat mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit staatliche Verfolgung, weil er im Ausland einen Asylantrag gestellt habe. Nach den Erkenntnissen des Gerichts³⁷ lägen keine konkreten Anhaltspunkte dafür vor, dass eine im Ausland erfolgte Asylantragstellung nach jetzigem Recht in Myanmar einen pauschalen Straftatbestand darstelle. Es sei zwar nicht auszuschließen, dass Personen, die nach dem Militärputsch ausgereist seien und anschließend einen Asylantrag gestellt haben, in dem sie sich auf diesen beziehen, nach einer Rückkehr nach Myanmar verfolgt würden. Da der Kläger aber vor der Machtergreifung des Militärs und mit einem Visum legal ausgereist und die Asylantragstellung, falls überhaupt bekannt geworden, bereits weit vor dem 1. Februar 2021 erfolgt sei, dürfte im Falle seiner Rückkehr allein wegen der Aus- und Wiedereinreise konkret eher kein Verdacht auf ihn fallen.

Zudem seien in Bezug auf den Kläger mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit keine gefahrerhöhenden Umstände aufgrund einer exilpolitischen Betätigung zu berücksichtigen. Nach aktueller Erkenntnislage³⁸ drohe zwar aufgrund des erheblich repressiven Vorgehens gegenüber Verdächtigen auch schon bei kleinsten Verdachtsmomenten im Hinblick auf eine abweichende politische Meinung und Betätigung eine Verfolgung durch das Militärregime i. S. v. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AsylG. Das VG Regensburg schließt sich auch grundsätzlich der neueren Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte³⁹ an, die überwiegend davon ausgehen, dass bereits niederschwellige exilpolitische Aktivitäten (in Verbindung mit einer Asylantragstellung im Ausland) im Fall einer Rückkehr regelmäßig asylrelevante Verfolgungsmaßnahmen nach sich ziehen können.

Jedoch sei im vorliegenden Einzelfall das Verhalten des Klägers auf rein asyltaktische Gründe zurückzuführen. Das Gericht kam zur Erkenntnis, dass der Kläger lediglich aus dieser Absicht über seinen

29 vgl. EuGH, Urteil vom 19. März 2019 - C-297/17 u.a.

30 Siehe Beschluss vom 08. August 2018 - 1 B 25/18 - juris Rn. 11

31 Siehe Urteil vom 7. September 2022 - 5 A 153/17. A - juris

32 Siehe Urteil vom 7. Dezember 2021 - 10 LB 257/20 - juris

33 Siehe Urteil vom 26. Oktober 2021 - 8 A 1852/20.A - juris

34 Siehe Beschluss vom 25. August 2022 - 11 A 861/20.A - juris

35 Siehe OVG Saarlouis, Urteil vom 15. November 2022 - 2 A 81/22 und 2 A 82/22, - juris

36 VG Regensburg, vom 06.04.2023, RN 11 K 20.31903, Urteil; in MfL: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/687377/688835/688853/688951/24060460/-/VG_Regensburg%2C_vom_06.04.2023%2C_RN_11_K_20.31903%2C_Urteil.pdf?nodeid=24108915&vernum=-2

37 Ebd. S. 6f.

Vgl. auch VG Gelsenkirchen, U. v. 31.3.2022 - 2a K 2117/19.A.

38 Siehe VG Regensburg, S. 8: „Auswärtiges Amt, Sicherheitshinweise Myanmar, Stand 12.10.2022, Amnesty International, Myanmar 2021 vom 29.3.2022, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Briefing Notes Zusammenfassung, Myanmar Januar bis Juni 2022 und Bundesamt, Länderreport Myanmar, Stand 11/2021.“

39 Ebd., S. 9: „z.B. VG Minden, U.v. 11.3.2022 - 4 K 2492/19.A - juris Rn. 68; VG Frankfurt a.M., U.v. 30.9.2022 - 2 K 3682/21.F.A. - nicht veröffentlicht; VG Leipzig, U.v. 8.3.2022 - 8 K 44/21.A - juris; VG Gelsenkirchen, U.v. 31.3.2022 - 2a K 2117/19.A - juris; VG Ansbach, U.v. 18.10.2022 - AN 17 K 20.30763 - juris; VG Aachen, U.v. 20.1.2023 - 5 K 1321/20.A - juris; anders: etwa VG Augsburg, U.v. 22.6.2022 - Au 6 K 20.31360 juris.

Facebook-Account regierungskritische Beiträge, zu dem in geringem Umfang, teilte. Insbesondere habe der Kläger in der mündlichen Verhandlung weder örtliche noch zeitliche Angaben zu den Demonstrationen machen können. Auch die Ausführungen zu seiner politischen Überzeugung seien vage geblieben.

Das VG Regensburg wies explizit darauf hin, dass ein Verhalten aus rein asyltaktischen Gründen jedoch nicht bedeute,⁴⁰ diese überhaupt nicht zu berücksichtigen. Da der Kläger in der mündlichen Verhandlung jedoch die Gelegenheit verstreichen ließ, die erkennende Einzelrichterin von der Ernsthaftigkeit seiner politischen Meinung zu überzeugen und aufgrund der Umstände des Einzelfalls von einem rein asyltaktischen Vorgehen auszugehen sei, sei dem Kläger auch zumutbar, seinen Facebook-Account vor einer Rückführung zu löschen. Zudem sei nicht beachtlich wahrscheinlich, dass die Militärregierung bisher von seinen Tätigkeiten Kenntnis erlangt habe. Da er bisher auch lediglich eine geringe Anzahl an Fotos in Facebook veröffentlicht und wenige Beiträge geteilt bzw. gepostet habe, sei nicht davon auszugehen, dass diese trotz Löschung weiterhin über das Internet zu finden seien bzw. diese mit dem Kläger in Verbindung gebracht werden könnten.⁴¹

Der Kläger hat aus diesen Gründen auch keinen Anspruch auf Gewährung subsidiären Schutzes im Sinne des § 4 Abs. 1 AsylG. Es ist auch nicht beachtlich wahrscheinlich, dass ihm ein ernsthafter Schaden bei einer Rückkehr in seine Herkunftsregion Mon drohe, die im Vergleich zu anderen Regionen wie Rakhine, Kayin oder Chin nicht so sehr von den Auseinandersetzungen zwischen Militär und Widerstandsgruppen betroffen sei.⁴²

Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 oder Abs. 7 Satz 1 AufenthG liegen ebenfalls nicht vor, da der erwachsene, gesunde und erwerbsfähige Kläger im Fall einer Abschiebung nach Myanmar keiner besonderen Ausnahmesituation ausgesetzt sei, zu seiner Frau und seinen Kinder zurückkehren und sich am Lebensunterhalt beteiligen könne.

Rechtsdokumentation

40 Ebd., S. 10: „Grundsätzlich ist im Hinblick auf die Systematik und den Wortlaut des § 28 AsylG durchaus zweifelhaft, ob ein rein asyltaktisches Vorgehen nach § 28 Abs. 1a AsylG einen Ausschluss der Flüchtlingseigenschaft in solchen Fällen bewirken kann. Dagegen spricht wohl der Vergleich mit dem Wortlaut des § 28 Abs. 2 AsylG, der lediglich für Folgeverfahren bei selbstgeschaffenen Fluchtgründen in der Regel einen Ausschluss der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft normiert. Zudem sieht § 28 Abs. 1a AsylG, der für den internationalen Schutz Anwendung findet, im Gegensatz zu § 28 Abs. 1 AsylG, der nur die Asylanerkennung betrifft, vor, dass selbstgeschaffene Umstände nicht auf einem Verhalten beruhen müssen, welches Ausdruck und Fortsetzung einer bereits im Herkunftsland bestehenden Überzeugung oder Ausrichtung ist (vgl. zum Ganzen Hailbronner, Ausländerrecht, § 28 a AsylG, Rn. 28 ff.).“

41 Ebd., S. 10.

42 Ebd., S. 11-13.

Blick zum Nachbarn / Griechenland: Erwerbsmöglichkeiten für Schutzberechtigte und Asylsuchende

Wie in vielen Teilen der Europäischen Union herrscht auch in Griechenland und insbesondere auf den griechischen Inseln Arbeitskräftemangel. Hiervon betroffen sind vor allem die Tourismusbranche und der Agrarsektor. Laut einer Studie der Personalentwicklungsagentur ManpowerGroup Griechenland haben seit der griechischen Wirtschaftskrise mindestens 500.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Land verlassen. Als Ursachen werden geringe Gehälter und schlechte Arbeitsverhältnisse genannt. Hinzu kommt die Verschiebung der Prioritäten bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern seit der Pandemie und dem Lockdown: Homeoffice, eine ausgeglichene Work-Life-Balance, persönliche Werte und Zufriedenheit bei der Arbeit haben an Stellenwert gewonnen.⁴³

Demgegenüber lebten Ende 2022 86.600 Flüchtlinge und Asylsuchende in Griechenland, darunter auch Geflüchtete aus der Ukraine, die 25 % ausmachten.⁴⁴ Im vergangenen Jahr kamen insgesamt 12.758 Asylsuchende über den Seeweg nach Griechenland. Das entspricht einem Anstieg von 195% im Vergleich zum Vorjahr. Hauptherkunftsländer waren die palästinensischen Autonomiegebiete (22 %), Afghanistan (17 %), Somalia (14 %), Syrien (10 %) und Sierra Leone (7 %). Fast die Hälfte von ihnen waren Frauen (18 %) und Kinder (28 %). Die meisten Asylsuchenden erreichten die Dodekanes-Inseln (30 %), gefolgt von Lesbos (27 %), Samos (17 %) und Chios (10 %).⁴⁵ In diesem Jahr verzeichnete Griechenland insgesamt 4.726 Asylsuchende (Stand 07.05.2023), davon überwiegend Seeanlandungen (4.003). Die griechischen Inseln Lesbos (2.118), Samos (620), Kos (540), Chios (335) und Rhodos (209) haben die meisten Menschen aufgenommen.⁴⁶

Die vornehmlich jungen Menschen bringen ein weites Spektrum an Kompetenzen, Wissen und Erfahrungen sowie Talente mit, welche der griechische Arbeitsmarkt dringend braucht. Das hat u. a. auch eine Befragung von über 8.000 Schutzberechtigten und Asylsuchenden auf dem Festland und den griechischen Inseln ergeben.⁴⁷ In Griechenland wurde das

43 <https://www.gtai.de/de/trade/griechenland/wirtschaftsumfeld/arbeitsmarkt-548196>, abgerufen am 17.05.2023.

44 UNHCR (February 2023): Greece Fact Sheet

45 UNHCR (January 2023): Greece arrivals dashboard – January to December 2022

46 <https://data2.unhcr.org/en/situations/mediterranean/location/5179>, abgerufen am 17.05.2023.

47 UNHCR (June 2022): The talent behind the numbers: Introducing refugees in Greece.

Potenzial erkannt und verschiedene Projekte und Initiativen ins Leben gerufen.

Am Beginn dieser Entwicklung stand die Unterzeichnung einer bilateralen Vereinbarung zwischen dem UNHCR und dem griechischen Ministerium für Migration und Asyl im Oktober 2021, wonach Schutzberechtigte und Asylsuchende bei der Integration in den lokalen Arbeitsmarkt unterstützt werden sollen.⁴⁸ Auf dieser Grundlage wurde Anfang 2022 vom Catholic Relief Services (CRS), Caritas Hellas und dem UNHCR das ADAMA⁴⁹ Centre in Athen eingerichtet. Dort erhalten Schutzberechtigte und Asylsuchende hilfreiche Tipps rund um den griechischen Arbeitsmarkt sowie direkte Unterstützung beim Ausfüllen von Formularen, der Erstellung eines Lebenslaufes oder Übersetzungen. Bereits in den ersten drei Monaten seines Bestehens konnten mehr als 1.200 Geflüchtete für den griechischen Arbeitsmarkt fit gemacht werden und erhielten einen Zugang zum griechischen Sozialsystem.⁵⁰ Bis Ende Februar 2023 haben rund 4.500 Schutzberechtigte und Asylsuchende von dem ADAMA-Coaching profitiert.⁵¹ Ein Großteil der Anfragen, die das Centre erreichte, bezogen sich auf die Jobvermittlung. Hierzu wurde eine Job-Matching Plattform aufgebaut – das ADAMA Job Center. Diese Plattform verlinkt private Arbeitgeber mit potenziellen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.⁵²

Nach Erkenntnissen des Bundesamtes folgte eine weitere Initiative auf der griechischen Insel Kos im Mai 2022. Dort organisierte das Reception and Identification Center (RIC Kos) in Zusammenarbeit mit dem UNHCR und der NGO Glocal Roots erstmals ein Treffen zwischen lokalen Arbeitgebern und anerkannten Flüchtlingen. Im Rahmen dieser kleinen Jobmesse konnten bereits 56 anerkannte Flüchtlinge in einen Saison-Job in der Touristikbranche auf Kos und Rhodos (Juni – November 2022) vermittelt werden. Darunter 49 Schutzberechtigte aus den palästinensischen Autonomiegebieten. Die Arbeitsbedingungen waren beispielhaft: Das monatliche Netto-Einkommen lag zwischen 800 und 1.400 Euro, was dem durchschnittlichen Gehalt auf der Insel entspricht. Hinzu kamen Trinkgeld und bezahlte Überstunden, kostenlose Übernachtungsmöglichkeiten im Hotel oder in der Nähe des Hotels sowie die Verpflegung. Herausforderungen, wie beispielsweise die Sprachbarriere oder kulturelle Besonderheiten, konnten im täglichen Arbeitsablauf und mit Hilfe von Übersetzungsprogrammen schnell gemeistert werden. Einzig die administrativen Schritte, wie die Eröffnung eines

Bankkontos, die Beschaffung von Unterlagen für die Arbeitserlaubnis und die Anmeldung einer Sozialversicherung, wurden von den Hoteliers als langwierig und kompliziert beschrieben. Dennoch konnten sich am Ende der Saison sowohl die Hoteliers als auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein erneutes Arbeitsverhältnis in der Saison April – November 2023 vorstellen.⁵³

Die Insel Lesbos folgte diesem Beispiel und organisierte am 13./14. September 2022 die erste Jobmesse für lokale Arbeitgeber und Schutzberechtigte in dem dortigen Reception and Identification Centre (RIC Lesbos). Rund 400 Interessierte aus Eritrea, Äthiopien, Afghanistan, dem Sudan, Somalia und anderen Herkunftsländern hatten die Möglichkeit, mit 16 lokalen Arbeitgebern zu sprechen. Am Ende der Veranstaltung wurde 66 Personen eine Stelle, vornehmlich im Bereich der Agrarwirtschaft (Olivenanbau), zudem ganzjährig, angeboten. Aufgrund des großen Erfolgs und des positiven Feedbacks der Arbeitgeber und Arbeitnehmer veranstaltete die Insel noch zwei weitere solcher Events, zuletzt Anfang Mai 2023.⁵⁴ Darüber hinaus ist der UNHCR einmal wöchentlich im Welcome Office in Mytilene präsent, um die Bedürfnisse von Schutzberechtigten zu eruieren und administrative Unterstützung, insbesondere bei der Beantragung einer Sozialversicherungsnummer oder der Einrichtung eines E-Mail-Kontos, zu geben.

Auch auf anderen griechischen Inseln wurden ähnliche Initiativen ergriffen oder sind in Planung: Auf der Insel Samos brachte der UNHCR und die NGO Samos Volunteers im letzten Jahr 20 Schutzberechtigte mit einem lokalen Arbeitgeber zusammen. Anfang Mai 2023 organisierte die Insel ihre erste Jobmesse. Hier konnten Interessierte insbesondere in Jobs in der Gastronomie, dem Hotelgewerbe und dem Handwerk vermittelt werden. Die Insel Chios plant derzeit ihre erste Jobmesse. Dort werden vor allem Arbeitskräfte im Bereich der Agrarwirtschaft (Mastixbäume) gebraucht.

Auf dem griechischen Festland fanden am 27. und 28. März 2023 die „Welcome 2023“ Career Days in Athen mit 42 Unternehmen statt.⁵⁵ Anlässlich des Weltflüchtlingstages am 21. Juni 2023 plant die Stadt Athen mit dem Ministerium für Migration und Asyl sowie dem UNHCR die „Refugee Week Greece“. Hier werden lokale Behörden, NGOs, Unternehmen, die Zivilbevölkerung und verschiedene Migrantengruppen zum Austausch erwartet.⁵⁶

48 <https://www.unhcr.org/gr/en/23941-ministry-for-migration-and-asylum-and-unhcr-sign-memorandum-of-understanding-to-strengthen-cooperation-on-integration-for-refugees-in-greece.html>, abgerufen am 17.05.2023.

49 ADAMA bedeutet „zusammen“ auf Griechisch

50 <https://www.unhcr.org/gr/en/25537-adama-a-centre-helping-refugees-to-become-self-reliant.html#:~:text=ADAMA%20Centre%2C%20through%20its%20services,hosting%20them%2C%E2%80%9D%20she%20added.,> abgerufen am 17.05.2023.

51 UNHCR (February 2023): Greece Fact Sheet

52 <https://adamajobcenter.crs.org/>, abgerufen am 17.05.2023.

53 Nach internen Erkenntnissen des Bundesamtes

54 UNHCR (February 2023): Greece Fact Sheet und <https://www.unhcr.org/gr/en/28629-first-pilot-job-fair-matching-refugees-with-local-employers-takes-place-on-lesvos-island.html>, abgerufen am 17.05.2023.

55 <https://www.unhcr.org/gr/en/32019-welcome-2023-career-days-in-at-hens.html>, abgerufen am 17.05.2023.

56 <https://www.unhcr.org/gr/en/26599-refugee-week-greece-invitation-to-launch-event.html>, abgerufen am 17.05.2023.

Die Erfolge der bisherigen Initiativen und Projekte⁵⁷ sowie die zahlreichen geplanten Veranstaltungen auf den Inseln und dem Festland geben Hoffnung, dass Schutzberechtigte und Asylsuchende in Griechenland gute Chancen auf eine adäquate Arbeit finden und ein sicheres Einkommen erwirtschaften können.

Informationszentrum Asyl und Migration

Neuerwerbungen der Bibliothek

Ausländerrecht: Textausgabe mit ausführlichem Sachverzeichnis. - 37., überarbeitete Auflage, Stand: 1. März 2023, Sonderausgabe. - München: dtv ; München: C. H. Beck, [2023]. - LIV, 881 Seiten. - ISBN 978-3-423-53185-6

Basar, Christine: Unionsrechtliche Modifikationen des Asylfolgeverfahrens: was bleibt von dem nationalen Verweis auf die allgemeinen Wiederaufgreifensvorschriften?. - 1 Online-Ressource. - In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht: NVwZ. - 42 (2023), Heft 7, Seite 475-480

Berichtigung des Gesetzes zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren: vom 7. März 2023. - 1 Online-Ressource (1 Seite). - In: Deutschland: Bundesgesetzblatt / 1 - Online. - (2023), Heft 63

Bodström, Erna: The extraordinary. Asylum process as an intertextual chain. - 1 Online-Ressource (18 Seiten). - In: Journal of ethnic and migration studies: JEMS. - 49 (2023), Heft 9, Seite 2454-2471

Bruckmeier, Kerstin [u.a.]: Ukrainerinnen und Ukrainer in der Grundsicherung: Über ein Drittel der Erwerbsfähigen ist alleinerziehend. - Nürnberg: IAB, 2023. - 1 Online-Ressource

Country guidance: Syria. - February 2023. - Luxembourg: Publications Office of the European Union, [2023]. - 1 Online-Ressource (203 Seiten). - ISBN 978-92-9403-069-6

Country of Origin Information (COI) report methodology. - Luxembourg: Publications Office of the European Union, 2023. - 1 Online-Ressource (38 Seiten). - ISBN 978-92-9400-461-1

Dörig, Harald: Kompetenz des BVerwG für Länderleitentscheidungen im Asylrecht. - 1 Online-Ressource. - In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht: NVwZ. - 42 (2023), Heft 6, Seite 379-382

EASO practical guide on the application of cessation clauses. - November 2021. - Luxembourg: Publications Office of the European Union, 2021. - 1 Online-Ressource (49 Seiten). - ISBN 978-92-9485-221-2

Ferreri, Veronica: The invisible hard work of retrieving papers: Syrians and the paradoxes of integration in Germany. - 1 Online-Ressource (18 Seiten). - In: Citizenship studies. - 26 (2022), Heft 6, Seite 816-833

Fernando Gonzalo, Elsa: The EU's informal readmission agreements with third countries on migration: effectiveness over principles?. - 1 Online-Ressource

⁵⁷ Im Jahr 2022 konnten insgesamt 214 Flüchtlinge in eine Arbeit vermittelt werden.

(26 Seiten). -In: European journal of migration and law. - 25 (2023), Heft 1, Seite 83-108

Fritzsche, Falk: Die Europäische Union benötigt einen effektiven Außengrenzschutz. - 1 Online-Ressource. - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 43 (2023), Heft 3, Seite 112-118

Hofmann, Rainer M. [u.a.]: Ausländerrecht : AufenthG, FreizügG/EU, Assoziationsrecht, EU-Abkommen, AsylG, GG, StAG, BVFG. - 3. Auflage. - Baden-Baden: Nomos, 2023. - 1 Online-Ressource. - ISBN 978-3-8487-3378-1

Kopp, Judith: Fluchtursachenbekämpfung: umkämpfte Migrationspolitik im Sommer der Migration 2015. - Bielefeld: transcript, 2023. - 1 Online-Ressource (301 Seiten). - ISBN 978-3-8394-6621-6

MIDEM Jahresstudie - 2022. Europa und die Flucht-migration aus der Ukraine. - Dresden: MIDEM, [2022]. - 1 Online-Ressource (164 Seiten). - ISSN 2750-3461

Nachtigall, Rhea: Chancen-Aufenthaltsrecht - Tatsächliche Chance für Geduldete?. - 1 Online-Ressource (Seite 184-186). -In: Zeitschrift für Rechtspolitik: ZRP. - 55 (2022), Heft 6, Seite 184-186

Neumann, Annelie: Can the subaltern queer speak? Zu homonationalistischen Konstruktionen in der BAMF-Datenbank MILO am Fallbeispiel Kenia. - 1 Online-Ressource (15 Seiten). -In: Zeitschrift für Flüchtlingsforschung : Z'Flucht. - 7 (2023), Heft 1, Seite 166-180

Providing temporary protection to displaced persons from Ukraine : a year in review. - March 2023. - Luxembourg: Publications Office of the European Union, [2023]. - 1 Online-Ressource (35 Seiten). - ISBN 978-92-9403-115-0

Salomon, Stefan; Rijpma, Jorrit J.: A Europe without internal frontiers: Challenging the reintroduction of border controls in the Schengen Area in the light of union citizenship. - 1 Online-Ressource (29 Seiten). - In: German law journal. - 24 (2023), Heft 2, Seite 281-309

Stepka, Maciej: Identifying security logics in the EU policy discourse: the "migration crisis" and the EU. - Cham: Springer, 2022. - 1 Online-Ressource (xi, 204 Seiten). - ISBN 978-3-030-93035-6

Tabbara, Tarik: Zu Möglichkeiten einer einfachgesetzlichen Einführung eines Ausländerwahlrechts - Thesen zu einer drängenden Frage der Demokratie in Deutschland. - 1 Online-Ressource. -In: Informationsbrief Ausländerrecht: InfAuslR. - (2023), Heft 4, Seite 133-137

Thranhardt, Dietrich: Mit offenen Armen - die ko-operative Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine in Europa: eine Alternative zum Asylregime?. - Februar 2023. - Berlin: FES, 2023. - 1 Online-Ressource (42 Seiten). - ISBN 978-3-98628-247-9

Victims of torture: identification, support and examination of claims: mapping report. - March 2023. - Luxembourg: Publications Office of the European Union, 2023. - 1 Online-Ressource (46 Seiten). - ISBN 978-92-9403-164-8

Weinar, Agnieszka [u.a.]: Highly-skilled migration: Between settlement and mobility. - Cham: Springer, [2020]. - 1 Online-Ressource (VII, 108 Seiten). - ISBN 978-3-030-42204-2

Welte, Hans-Peter: Das Chancen-Aufenthaltsrecht. - 1 Online-Ressource. -In: Informationsbrief Ausländerrecht : InfAuslR. - (2023), Heft 4, Seite 138-142

Impressum

ISSN 2940-7001

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

05/2023

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis


iStockphoto

Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [e-brief\(at\)bamf.bund.de](mailto:e-brief(at)bamf.bund.de)
<https://milo.bamf.de>
Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

